

## Haushaltsrede DIE LINKE 2014

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Hr. Oberbürgermeister, Herr Bürgermeister Seigfried und Herr Bürgermeister Ilk, sehr geehrte Damen und Herren.

Wir als neue Einzelstadtratsguppierung von DIE LINKE haben hören müssen, dass auch in Ludwigsburg gespart werden muss. Gleichzeitig stehen jedoch auch wichtige Investitionen an. Hier stellt sich natürlich auch uns die Frage: Wo sparen, wo investieren, wie finanzieren?

Die Verwaltung schlägt zur Verbesserung der Einnahmen eine Erhöhung der Grundsteuer vor. Dies lehnen wir ab, denn das würde auch eine Erhöhung der Mieten bedeuten. Dabei sind wir uns doch alle einig, dass wir mehr bezahlbaren Wohnraum brauchen, da Ludwigsburg eine Stadt für Alle und nicht nur für die besser Situierten sein soll. Stattdessen sollten wir über eine Gewerbesteuererhöhung nachdenken. Obwohl diese vor zwei Jahren erhöht wurde, liegt sie in Ludwigsburg im Vergleich zu anderen Städten immer noch in einem sehr niedrigen Bereich.

Wohnraum muss, wie gesagt bezahlbar und vor allem vorhanden sein. Neben der Steuerung der Baulandentwicklung, um Immobilienspekulation einzudämmen muss die Stadt über die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH weiterhin daran arbeiten, vermehrt bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und anzubieten. Dies führt mittel- und langfristig zum Rückgang der Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Auch eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen muss gewährleistet sein.

Unstrittig ist, dass die Kommunen, so auch Ludwigsburg, strukturell unterfinanziert sind, dies hat ja auch OB Spec in der letzten Sitzung bei der Einbringung des Haushaltes dargestellt.

In finanziell schwierigen Zeiten muss dann eben überlegt werden ob alles wirklich besser als nötig ausgeführt werden muss.

Zuviel gespart werden sollte aber auch nicht. Ein Verzicht auf Ökostrom ist für uns kein Sparpotential. Hier muss die Stadt als Vorbild tätig sein.

Zusatz: dem Antrag auf Erhöhung der Waffengebühren von den Grünen schließen wir uns gerne an.

Die vielen Bauprojekte müssen überdacht werden. Sind denn wirklich alle nötig? Auf jeden Fall die Schulsanierungen. Diese sehen wir positiv, da sie längst überfällig sind. Vergessen darf man dabei nicht das Bildungszentrum West.

Der beschlossene Ausbau der Schulsozialarbeit ist ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch keineswegs ausreichend.

Die vorhandenen Grünflächen, die auch der Naherholung dienen, sollten erhalten und gepflegt werden. Ein Bau einer Waiblinger Str. ist in unseren Augen zur Zeit eher eine Kür, vor allem, da das Neubaugebiet an der Fuchshofstr. noch gar nicht endgültig geplant ist. Auch ist es ein strittiges Thema, da es wie bekannt, eine Pro und eine Contra Waiblinger Straße Gruppe der umliegenden Anwohner gibt.

Wichtig ist in unseren Augen die Förderung des ÖPNV, u.a. die Erhaltung des 10 Minutentakts. Grundsätzlich wäre in den Hauptzeiten sogar ein engerer Takt oder größere Busse nötig. Die vermehrte Nutzung des ÖPNV hätte auch zur Folge, dass die Straßen weniger abgenutzt werden und der Straßenverkehrslärm zurück geht. Den Individualverkehr zu fördern ist in unseren Augen aus sozialen und ökologischen Gründen falsch. Stattdessen ist die Einführung eines Sozialtickets notwendig, um auch einkommensschwächeren Mitbürger\*innen Mobilität zu ermöglichen.

Parkplätze sind in Ludwigsburg ausreichend vorhanden, vor allem, wenn das Parkhaus am umgebauten Marstallcenter wieder offen ist, außer zu speziellen Festen. Hier wäre ein Shuttle Service, z.B. am Weihnachtsmarkt in Erwägung zu ziehen, traumhaft wäre es mit einer für den Individualverkehr gesperrten Wilhelmstraße.

Auch wäre insgesamt eine Erhöhung der Parkgebühren zu überlegen.

Das Radwegekonzept muss weiter entwickelt und zügig ausgebaut werden.

Eine Erhöhung der Kindergartengebühren lehnen wir ab. Die Stadt Heilbronn hat es sogar geschafft die Gebühren ganz abzuschaffen. Warum sollte das in Ludwigsburg nicht möglich sein?

Auch in haushaltspolitisch schwierigen Zeiten ist es für uns als Linke wichtig, soziale Standards zu schaffen und zu erhalten. Bei der Prioritätensetzung gilt: Grundbedürfnisse gehen vor Luxusbedürfnissen.

Vielen Dank an all die fleißigen Menschen in der Stadtverwaltung, die uns auch im Einstieg sehr geholfen haben.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Claudia Dziubas und Oliver Kube DIE LINKE 19.11.2014

